

Die Berliner Begabenschulen.

Erörterung im Berliner Lehrerverein.

In der gestrigen Versammlung des Berliner Lehrervereins im Lehrervereinshaus hielt Rektor Ruthe einen Vortrag, in dem er sich mit den Berliner Begabenschulen befaßte. Er legte Leitfäden vor, die besonders sich mit der Frage der „Auslese der Tüchtigen“ beschäftigen. Diese soll nach seinem Vorschlag auf Grund der Vorschläge der Direktoren, Lehrer und Schulärzte durch einen Ausschuss erfolgen, in der auch einige mit der Begabungspsychologie und „Diagnose vertraute Oberlehrer und Lehrer sitzen. Ferner soll die Prüfung des sittlichen Verhaltens und der Charaktereigenschaften bei den Freischülern unterbleiben. Endlich soll auch bei den Mädchen die Zahl der zu gewährenden Freistellen nicht nach oben abgegrenzt werden.

In der Erörterung, an der u. a. Direktor Dr. Buchenau teilnahm, beschäftigte man sich hauptsächlich mit der schwierigen Frage der Begabtenprüfung, in der die sogenannten „Tests“ neben der fortlaufenden Beobachtung als gutes Hilfsmittel genannt wurden. Stadtschulrat Dr. Reimann sprach die Ueberzeugung aus, daß fast alle Schüler, die auf das Köllnische Gymnasium in seiner neuen Gestalt gehen würden, Freischüler sein würden. Die „Tests“ bei der Aufnahme bezeichnete er als einen Notbehelf: er glaube, daß viel mehr Schüler von den Direktoren vorgeschlagen würden, als aufgenommen werden könnten. Da sollte dann unter Heranziehung des Schulpsychologen Dr. Piotrowski die Auswahl auf Grund der Tests erfolgen. Im übrigen betonte er, daß die Stadt Berlin für die Schüler ihrer Begabenschulen auch nach bestandener Reifeprüfung durch Gewährung von Beihilfen sorgen würde, die namentlich in erster Linie für sie vorbehalten bleiben müßten. Vielleicht könne man eine Bestimmung treffen, daß diese Schüler nach Erreichung eines entsprechenden Einkommens die aufgewandten Gelder zurückzahlen sollten.

Die Leitfäden Ruthe's wurden von der Versammlung nicht angenommen, weil sie zu sehr ins Einzelne gehen und den Verein auf undurchführbare Forderungen festlegen würden. Als dann eine Entschliebung vorgelegt wurde, in der die Berliner Begabenschulen als der erste Schritt zur Einheitschule aufgefaßt wurde, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Berliner Magistrat in der Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung gerade gegen die Forderungen der Einheitschulfreunde Stellung genommen habe.

Endlich wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der unter Anerkennung der Verdienste der städtischen Schulbehörden gewünscht wurde, daß im Schulwesen Berlins nun auch die „weitergehenden Forderungen“ des Berliner Lehrervereins „für die Einheitschule Berücksichtigung finden“ möchten.